

# **Der Kapp-Lüttwitz Putsch vom 13.–17. März 1920 in Potsdam**

Dokumentation gemäß Auftrag des Fachbereichs Kultur und Museum

Erstellt von Christian Perseke, Universität Potsdam

## Inhalt

1. Vorbedingungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches – Revolution und Gegenrevolution, S. 2
2. Die Rekonstruktion der Ereignisse in Potsdam, S. 5
3. Zu den Ereignissen des 16. März 1920, S.7
4. Die Würdigung von Kapp-Putsch Toten in anderen Städten und Gemeinden  
Mögliche Würdigungen in Potsdam, S. 15
5. Literatur und Quellen, S. 16
6. Anhang, S. 17

## 1. Vorbedingungen des Kapp-Lüttwitz-Putsches – Revolution und Gegenrevolution

Am Morgen des 13. März 1920 stand der Oberbürgermeister Potsdams, Kurt Vosberg (1863–1940), wahrscheinlich wie gewöhnlich auf, um seinen samstäglichen Verrichtungen nachzugehen. Er mag einen Blick in die Potsdamer Tageszeitung, dem Publikationsorgan der örtlichen Behörden, geworfen haben, um in der zweiten Beilage den Bericht zur gestrigen Stadtverordnetenversammlung zu lesen. Dabei könnte er durchaus auf den ersten Seiten auf die Putschgerüchte gestoßen sein, die gerade kursierten<sup>1</sup>. Dies könnte ihn durchaus erfreut haben, da er sowohl der sozialdemokratischen Regierung in Berlin als auch den Abgeordneten selbiger Parteien im Stadtparlament von Potsdam misstraute. Das Vertrauensverhältnis der anderen Seite ihm und seinen Parteigängern gegenüber verhielt sich zumindest ähnlich. Denn wie sollte man von sozialdemokratischer Perspektive aus dem brandenburgischen Vorsitzenden der im November 1918 aufgelösten Deutschen Vaterlandspartei, einer rechtsradikalen, antisemitischen und völkischen Partei, dessen zweiter Vorsitzender im Reich im Übrigen ein gewisser Wolfgang Kapp (1858–1922) war, ohne Misstrauen gegenüberzutreten<sup>2</sup>.

Kurt Vosberg war seit 1906 Oberbürgermeister Potsdams und hatte so manche Krise überstanden. Warum ihm in dieser Schrift besondere Aufmerksamkeit zukommt, ist die Tatsache, dass sich in seinen Personalakten wichtige, bisher unausgewertete Zeugnisse zu den Ereignissen in Potsdam während des Kapp- Putsches erhalten haben.

Während der Revolution im November 1918 war er krankheitsbedingt nicht im Amt, trat allerdings einige Tage später wieder an, um den Arbeiter- und Soldatenrat unter dem Potsdamer USPD Vorsitzenden Wilhelm Staab auf den Minimalkonsens „Ruhe und Ordnung“ einzuschwören.

Der Oberbürgermeister hatte mit dem Vorwurf zu kämpfen, dass er während des Krieges für seinen Privathaushalt Butter aus den städtischen Reserven abgezweigt haben soll. Dies konnte ihm jedoch nicht direkt nachgewiesen werden, so dass ein Disziplinarverfahren ausblieb. Die Mangelsituation in Folge des Krieges bestimmte auch das Jahr 1920. Auch in diesem Jahr wurden die Vorräte schnell knapp. Die Kohle war vor dem Ende des Winters bereits aufgebraucht und die Preise stiegen. So mussten die Stadtverordneten einer Erhöhung der Hufbeschlagkosten der 36 Pferde des städtischen Fuhrparks zustimmen. Und sechs moderne Lichtbildapparate waren für die Gemeindeschulen anzuschaffen – trotz knapper Kassen<sup>3</sup>.

Als Nichtadliger hatte Kurt Vosberg mit dem Amt des Oberbürgermeisters im Kaiserreich die im Grunde höchste zivile Position erreicht. Vor allem die Nähe zum kaiserlichen Hof machte Potsdam für

---

<sup>1</sup> Das Deckblatt der Ausgabe fehlt, aber in vielen Berliner und auch überregionalen Zeitungen sind die Putschgerüchte in der Ausgabe vom 13.3.1920 der Aufmacher auf der ersten Seite z.B. Vossische Zeitung, Deutsche allgemeine Zeitung, Berliner Tageblatt.

<sup>2</sup> Stadtarchiv: Chronik der Stadt 1917, in: Chronik der Stadt 1891-1919, Sign: Chr/10-13, Film 472.

<sup>3</sup> Potsdamer Tageszeitung, zweite Beilage, 13.03.1920, in: Stadtarchiv Potsdam, 1-0/76, S.53,53RS.

ihn daher überaus attraktiv, so dass er einige lukrative Angebote abgesagt hatte, etwa eine Bürgermeisterposition von Altona oder den Vorsitz des Hansabundes<sup>4</sup>.

Als Oberbürgermeister Potsdams stellte Kurt Vosberg eine sehr ambivalente Person dar. Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches war seine Rolle in der Residenzstadt stark umstritten, woraufhin die Mitglieder der Sozialdemokratie im Stadtparlament ein Disziplinarverfahren gegen ihn anstrebten.

Aber zurück zur Revolution, von der die Stadt Potsdam 1918 eiskalt erwischt wurde. Nur wenige wünschten sich hier ein Ende der Monarchie, die mit ihren weiten wirtschaftlichen Verflechtungen die ökonomische Basis der Stadt stellte. Aus diesem Grund hatte man in der Stadtverordnetenversammlung vom 8. November 1918 noch eine Demonstration für die Fortsetzung der Monarchie beschlossen, die dann am 9. November 1918 obsolet wurde<sup>5</sup>.

1918 sagte der SPD-Theoretiker Eduard Bernstein noch: „In der ganzen hier behandelten Zeit [die Zeit der Revolution, C.P.] hat es keine der bürgerlichen Parteien gewagt, offen und rückhaltlos die Fahne des gestürzten Kaisertums zu erheben, keine hielt es für ratsam, sich der Republik feindselig gegenüber zu stellen“<sup>6</sup>. Im Jahr 1920 jedoch hatten zwar die meisten Menschen begriffen, dass die Monarchie endgültig der Vergangenheit angehörte, die innenpolitische Situation in Deutschland war aber von Zerrissenheit geprägt. Der radikale Teil der Rechten sah das Heil in einer starken Führerpersönlichkeit, in Anlehnung an den Kaiser. Man hatte dafür etwa an Erich Ludendorff (1865–1937) gedacht, neben Paul von Hindenburg (1847–1934) Chef der Obersten Heeresleitung im Ersten Weltkrieg. Ludendorff gehörte auch zu jener Gruppe von Verschwörern, die den später als Kapp-Putsch bezeichneten Umsturz im März 1920 mitplanten und unterstützen. Weitere Mitglieder waren beispielsweise Hauptmann Waldemar Pabst (1880–1970), der die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zu verantworten hatte und Freiherr Walther von Lüttwitz (1859–1942), General des Reichswehrkommandos I in Berlin und „Schutzherr“ der Freikorps, die bei verschiedenen Gelegenheiten gegen Spartakistenaufstände oder den direkten Kampf gegen die Bolschewiki im Baltikum eingesetzt wurden. Unter diesen sogenannten Baltikumern war auch die Marinebrigade Ehrhardt, benannt nach ihrem Anführer, Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt (1881–1971), die nach ihrer Rückkehr zunächst in Oderberg einquartiert war, um dann nach Döberitz, nördlich von Potsdam verlegt zu werden. Sie war die zentrale Einheit des nachfolgenden Putsches.

Lüttwitz kam am 10. März 1920 mit einem Forderungskatalog zu Reichswehrminister Gustav Noske (1868–1946), mit dem unter anderem die im Versailler Vertrag verlangte Verkleinerung der Reichswehr und damit die geplante Auflösung der Freikorps verhindert werden sollte. Es ging auch um Neuwahlen der Nationalversammlung und seine – Lüttwitz – Ernennung zum Oberbefehlshaber

---

<sup>4</sup> Stadtarchiv Potsdam, Magistrat der Stadt Potsdam, Personalabt. D 3, S.24.

<sup>5</sup> Potsdamer Zeitung, 9.11.1918.

<sup>6</sup> Bernstein, E., Die deutsche Revolution, Berlin, 1921, S.188.

der Reichswehr. Alle Forderungen wurden von Friedrich Ebert (1871–1925) und Gustav Noske abgelehnt. Diese Ablehnung und die darauffolgenden Haftbefehle gegen die Hauptverschwörer zwangen Lüttwitz zum militärischen Losschlagen. Allerdings standen sowohl die Marinebrigade als auch Wolfgang Kapp nicht sofort zur Verfügung. Erst in der Nacht zum 13. März 1920 begann dann die Brigade Ehrhardt ihren Marsch auf Berlin.

Leitende Militärs aus dem Kreis der Berliner Regierung hatten den Widerstand gegen die kampferprobten Truppen der Putschisten als aussichtslos dargestellt und daher wurden nach intensiven Beratungen in den sehr frühen Morgenstunden die Wachverbände aus dem Regierungsviertel abgezogen und die Reichsregierung unter Friedrich Ebert begab sich über Dresden nach Stuttgart, wo regierungstreue Truppen stationiert waren. Der Widerstand sollte von dort aus organisiert werden. Es gab einen Aufruf zum Generalstreik, obwohl man sich darüber im Klaren war, dass die radikale Linke den Anlass für eine weitere Auseinandersetzung nutzen würde. Aber die Gefahr von rechts war offenbar noch bedrohlicher. Später distanzierte sich die Regierung Ebert/Bauer<sup>7</sup> von diesem Streikaufruf.

Bei Tagesanbruch dann besetzte die Marinebrigade das Berliner Regierungsviertel und der ehemalige Königsberger Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp, ehemaliger zweiter Vorsitzender der Deutschen Vaterlandspartei, wurde zum Reichskanzler ausgerufen.

Der Putsch spaltete das Land, da sowohl die Zahl der Unterstützer als auch derer, die ihn duldeten, hoch war. Die Arbeiterschaft allerdings folgte der alten Regierung, den Gewerkschaften und dem linken Spektrum, der KPD, in den größten Generalstreik der Geschichte Deutschlands. Am Sonntag, dem 14. März 1920, begann der Streik alle Bereiche der Wirtschaft zu erfassen. In Berlin kam das öffentliche Leben weitestgehend zum Erliegen, nicht einmal mehr Wasser und Strom funktionierten störungsfrei. Viele Institutionen und Ämter verhielten sich abwartend, um die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Nachdem sogar Staatsbeamte in den Streik getreten waren, brach der Putsch vollends zusammen und Kapp floh am 17. März 1920 nach Schweden. Auch Lüttwitz verließ nach Verhandlungen mit der Regierung am gleichen Tag noch die Reichskanzlei.

Dem Ende des rechten Putsches folgte eine revolutionäre Welle, die versuchte, die Forderungen nach Sozialisierung und Umbau in eine sozialistische Republik von 1918 und 1919 zu erneuern. Dies führte zu reichsweiten Aufständen und z.B. der Bildung einer „Roten Ruharmee“, die unter Fortsetzung des Streikes den als zu bürgerlich empfundenen Kurs der Regierung unter Reichspräsident Ebert und Reichkanzler Bauer mit Gewalt zu korrigieren suchte. Diese Auseinandersetzungen dauerten teilweise noch mehrere Wochen an. Die Truppen, die gegen die Aufständischen geführt wurden, waren unter anderem auch jene, die vorher den Kapp-Putsch unterstützt hatten. Im gesamten Deutschen Reich starben etwa 1 500 Menschen im Zuge der

---

<sup>7</sup> Regierungspräsident war Friedrich Ebert, Reichskanzler Gustav Bauer(1870–1944).

Kampfhandlungen und Anordnungen der Regierung Kapp. Ein Beispiel für eine Anordnung ist im Anhang unter der Nummer 1. beigegeben.

## **2. Die Rekonstruktion der Ereignisse in Potsdam**

Da es sich um die Jurisdiktion des Regierungspräsidenten des Regierungsbezirkes Potsdam handelte, geschah die Rekonstruktion der Ereignisse vornehmlich aus Akten des Landeshauptarchivs Brandenburg. Einige weitere relevante Dokumente konnten im Stadtarchiv Potsdam ausfindig gemacht werden. Die Unterlagen der militärischen Administration sind durch die Zerstörung des Reichshauptarchives auf dem Brauhausberg im Zweiten Weltkrieg verloren gegangen. Auch Ausgaben der Potsdamer Zeitungen für den betreffenden Zeitraum sind offiziell nicht erhalten. Der Zeitungsbestand ist bereits für das Jahr 1919 lückenhaft, für das Jahr 1920 fehlen beinahe alle Ausgaben. Im Inventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in den staatlichen Archiven der Bundesrepublik Deutschland<sup>8</sup> waren keine in der Literatur bisher unzitierten Zeitungen oder Akten zu den Verhältnissen in Potsdam zur Zeit des Kapp-Putsches ausfindig zu machen. Um also die Ereignisse zu rekonstruieren, wurden zunächst alle vorhandenen Akten und alle Literatur zum Thema geprüft.

Die bisher zum Thema erschienenen Schriften beschränken sich auf zwei Autoren<sup>9</sup>, die allerdings durch ihre Nähe zur Parteilinie der SED in der ehemaligen DDR nicht unbeschränkt zitierfähig sind. So werden Wertungen der Ereignisse als Fakten ausgegeben, ein gegenseitiges Zitieren erfolgt, auch ohne die Originalquellen anzugeben. Dabei wird der Fokus auf den Kampf der Arbeiterschaft gegen die Unterdrücker, die oft phrasenartig „Kräfte“ des wahlweise Junkertums, der Bourgeoise, des Militarismus usw. sind, gerichtet. Die aufgestellte Bewertung der sozial-ökonomischen Struktur Potsdams als Arbeiterstadt ist dabei, auch unter Berücksichtigung der zu dieser Zeit noch eigenständigen Gemeinde Nowawes, unvollständig. Denn neben der durchaus vorhandenen Arbeiterschaft wurde die ehemalige Residenz- und Garnisonstadt Potsdam vor allem durch das Bürgertum und eine große Beamtschaft geprägt, die in den vielen Verwaltungen vor Ort arbeitete. Zahlreiche Staatspensionäre aus der Kaiserzeit und weitere nicht der Arbeiterschaft zuzurechnende Bevölkerungsanteile, wie etwa die vielen Militärangehörigen, hatten in Potsdam ihren Wohnsitz. Die

---

<sup>8</sup> Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Band 4, Überlieferung aus der preußischen Provinz Brandenburg, München, 1999.

<sup>9</sup> Müller, Harald: Geschichte der Stadt Potsdam 1918-33, Potsdam 1970 und Finker, Kurt, Märker gegen Militaristen, Schkeuditz 2000, wobei es sich bei letzterem um eine Wiederveröffentlichung handelt, die sich aber sowohl sprachlich als auch ideologisch mit Müllers Schrift messen kann. Die Autoren zitieren sich gegenseitig, wobei Müller auf eine frühere Ausgabe von Finker verweist. Insbesondere die alten Signaturen der Akten in der neu herausgegebenen Schrift deuten auf eine schwach überarbeitete Neuauflage des alten Schriftstückes hin.

Bevölkerungsstruktur 1920 ist mit der vor dem ersten Weltkrieg vergleichbar, abgesehen von der Größe der Garnison und den Angehörigen des Hofes<sup>10</sup>.

Bei der Prüfung der Akten stellte sich heraus, dass die Autoren wichtige Materialien, ob absichtlich oder unabsichtlich, nicht mit einbezogen hatten, und es fanden sich sogar verloren geglaubte Ausgaben von Potsdamer Zeitungen wenigstens teilweise wieder an. Unter diesen auch eine Zeitung, die bisher gänzlich unbekannt war<sup>11</sup>. In den zum Großteil handschriftlichen Personalakten von z.B. Kurt Vosberg tauchten Drucke auf, die noch nie in Publikationen Erwähnung fanden, z.B. die öffentliche Bekanntmachung auf Seite 8 in dieser Dokumentation. Eine Anklageschrift der Abgeordneten der USPD im Stadtparlament zur Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen Kurt Vosberg wurde in der DDR-Literatur offenbar als Urteil angesehen, während das tatsächliche Urteil des Regierungspräsidenten in der gleichen Akte nicht beachtet wurde. Dies wurde in dieser Schrift korrigiert. Weiterhin wurden erstmalig die Opfer über die Sterberegister des Stadtarchivs ausfindig gemacht. Hier fehlte allerdings noch die Todesursache, die dann durch Akten der Friedhofsverwaltung ergänzt werden konnte, ebenso wie der Ort der Bestattung. Der Sterbeort der Einzelpersonen, vermerkt im Sterberegister des Standesamtes, ließ zumindest vorsichtige Schlüsse auf die Ereignisse des Abends vom 16. März 1920 zu. Ein Zufallsfund ist auch die Todesanzeige einer der betreffenden Personen, die im Anhang beigegeben ist. Manches Detail der Ereignisse konnte näher beleuchtet werden, so wurde in einer weiteren zufällig gefundenen Ausgabe der Potsdamer Zeitung im Stadtarchiv die Ankündigung der Veranstaltung am Luisenplatz entdeckt, von der der Protestzug ausging, womit die von der DDR-Literatur behauptete Ausrichtung der Veranstaltung nicht bestätigt werden konnte. Die Putschisten hätten die Veranstaltung einberufen, um die Bevölkerung für sich zu gewinnen<sup>12</sup>, oder der Aktionsausschuss Potsdam hätte die Veranstaltung einberufen<sup>13</sup>, um die Bevölkerung aufzuklären, wurde behauptet. Aber in der Anzeige zeichnet sich die Deutsche Volkspartei (DVP), eine bürgerliche Partei, für die Veranstaltung verantwortlich, denn sie bewarb am 13. März 1920 in der Potsdamer Tageszeitung ihre Veranstaltung zum Thema „Berufs-Beamtentum und Republik“, die offensichtlich, weil sie eine während des Putsches zunächst genehmigte Veranstaltung war, auch Plattform jedweder Agitation für oder gegen den Putsch wurde<sup>14</sup>.

---

<sup>10</sup> Pehle, M., Potsdam, ein Heimatbuch, Potsdam, 1938, S. 153 beziffert die Militärangehörigen 1914 auf ca. 8500, die Stadtchronik (Stadtarchiv: Chronik der Stadt 1918, in: Chronik der Stadt 1891-1919, Chr/10-13, Film 472.) gibt für das Jahr 1919 mit 4653.

<sup>11</sup> Die Potsdamer Abendzeitung ist bisher noch nirgends zitiert und scheint eher links orientiert, was durch Vergleiche der abgedruckten Sitzungsberichte vom 31.3.1920 augenscheinlich wird.

<sup>12</sup> Müller, S.19.

<sup>13</sup> Finker, S.45f.

<sup>14</sup> Die Anzeige ist im Anhang 2 beigelegt.

Manche Akte erwies sich als wenig ergiebig. So besteht die dicke Personalakte des Polizeipräsidenten von Potsdam Henry von Zitzewitz<sup>15</sup> zum größten Teil aus Urlaubsanträgen, während die schon erwähnte Personalakten von Kurt Vosberg viele wichtige Zeugnisse zu verschiedenen Ereignissen enthalten. Die sorgfältige Prüfung fördert auch Ambivalenzen und unerklärliche Abweichungen zutage. So wird etwa in der Todesanzeige durch die Familie Helene Bürger, eines der Opfer des 16. März 1920, als 20jährig bezeichnet, in den Aufzeichnungen der Friedhofsverwaltung und des Standesamtes hingegen ist sie erst 19 Jahre alt als sie angeschossen wurde und hätte noch mehrere Monate bis zu ihrem 20sten Geburtstag gehabt. Unklar bleibt auch der Auftritt des Mitglieds der Kommunistischen Partei Hermann Elflein (1892–1943). Kurt Finker bezog seine Informationen laut seiner Quellenangabe hierzu aus einem Artikel der Märkischen Volksstimme von 1954, der selbst ohne weitere Quellenangaben auskommt<sup>16</sup>, aber auch für weitere Zeitungsartikel zum Thema Quelle ist. Auch die Wort-für-Wort Wiedergabe von Gesagtem oder von Parolen in diesen Schriften scheint mit über 30 Jahren Abstand zum Ereignis fragwürdig und eher der kommunistischen Legendenbildung geschuldet. Aber die Möglichkeit besteht durchaus, dass Hermann Elflein an der Veranstaltung teilgenommen und auch, dass er dort geredet hat. Ein direkter zeitgenössischer Nachweis ließ sich jedoch nicht finden. Im Adressbuch von Potsdam ist er erst ab 1930 eingetragen.

### **3. Zu den Ereignissen des 16. März 1920**

Da am 14. März 1920, einem Sonntag, keine lokale Zeitung erschien und auch sonst wenige Menschen arbeiten mussten, fiel der erste wirklich zählende Streiktag auf einen Montag, obwohl z.B. in Berlin schon erste Ausstände vermeldet wurden. Potsdam wartete wie das ganze Land. Die Gerüchte kochten. Der Morgen dann brachte Klarheit, und diverse Betriebe beteiligten sich am 15. März am Ausstand. Am nächsten Morgen – am 16. März – kam auch in Potsdam das öffentliche Leben weitestgehend zum Erliegen<sup>17</sup>. Lebensnotwendige Bereiche wie die Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke traten in den Streik. Um einem Komplettausfall entgegenzuwirken, baute der Generalmajor und Kommandant der Garnison Potsdam, Walter Wilhelm Heinrich Adolf Joachim von der Hardt (1862–1938), auf eine Mischung aus Einsicht und Drohung. Er erließ am 15. März einen Brigadebefehl an die Truppen, in welchem er das härteste Vorgehen gegen die Streiks anordnete<sup>18</sup>, zusätzlich zu der Information, die von der Kapp-Regierung herausgegeben wurden<sup>19</sup>, und am gleichen Tag ließ er auch im Stadtgebiet die folgende Bekanntmachung für die Bevölkerung plakatieren:

---

<sup>15</sup> Polizeipräsident in Potsdam 1918-1933

<sup>16</sup> Märkische Volksstimme, 13.3.1954, zitiert in Finker, S.46.

<sup>17</sup> Blha, Rep 2A I Pol Nr. 1442, S. 215-223

<sup>18</sup> BLHA, Rep 2 A, I Pol. 1063, S.17.

<sup>19</sup> Siehe Anhang 1.

54

# Öffentliche Bekanntmachung.

Auf Grund der Verfügung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 betreffend den Ausnahmezustand übernehme ich die Ausübung der vollziehenden Gewalt für den Stadtkreis Potsdam. Zivilkommissar ist der Polizei-Präsident von Potsdam v. Zibewitz.

Demzufolge sind Truppen, Sicherheitspolizei, Reichswasserschut (Mark West), Einwohnerwehr und Technische Nothilfe von Potsdam meinem Befehl unterstellt.

Ich verbiete für den Stadtkreis Potsdam alle Versammlungen in nicht geschlossenen Räumen, sowie Umzüge und Ansammlungen von Menschenmengen. Versammlungen in geschlossenen Räumen und sämtliche Druckveröffentlichungen unterliegen meiner Genehmigung.

Alle Kundgebungen für die frühere Regierung sind verboten und werden mit scharfen Maßnahmen verhindert werden. Im Besonderen werden verbotene Drucksachen beschlagnahmt und Zettelverteiler verhaftet. Im Widerhandlungsfalle werden Druckereien geschlossen.

Ich ermahne jeden Deutschen, sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen und Ruhe und Besonnenheit zu bewahren.

Streiks sind ein Verbrechen am Volksleben und werden mit allen Mitteln unterdrückt werden.

Wer beim Abreißen dieser öffentlichen Bekanntmachung betroffen wird, wird festgenommen werden.

15. III 1920

gez.: v. d. Hardt,

Generalmajor und Garnisonkommandant von Potsdam.



Die technische Nothilfe sollte in den essentiellen städtischen Bereichen dafür sorgen, dass die Grundversorgung nicht zusammenbrach. Um weitere Eskalation, etwa durch streikende, demonstrierende Arbeiter zu vermeiden, wurden in der Stadt Wachposten bezogen. Dies galt auch besonders für die Zugänge der Stadt und wichtigen Gebäude. Die kleinere Nachbarstadt Nowawes war bekannt und berüchtigt für das revolutionäre Potential durch die verhältnismäßig größere Arbeiterschaft, so dass die Militäradministration einem Überschwappen dieser revolutionären Stimmung ins bürgerliche Potsdam von vornherein einen Riegel vorzuschieben gedachte. Für die bewaffnete Einwohnerwehr in Potsdam warb sogar das Rathaus. Oberbürgermeister Kurt Vosberg ließ Listen zum Einschreiben in die entsprechenden Listen zirkulieren<sup>20</sup>. Er stellte es den Beamten frei, sich für einen Dienst in der Wehr oder als Zeitfreiwilliger zu melden, da bisher die Zahl der Mitglieder überschaubar war. Auch der Altersdurchschnitt lag mit über 60 unter den Erwartungen für eine einigermaßen schlagfertige Zivilverteidigungstruppe. Das natürlich die Freistellung nicht für irgendwelche revolutionären Umtriebe galt, stellte Vosberg allerdings auch klar, indem er zwei Magistratshilfsarbeiter, die offenbar am Streik teilnehmen wollten, kurzerhand entließ. Die Mitarbeiter hatten wohl Bemerkungen gemacht, die eine Teilnahme an revolutionären Veranstaltungen implizierten<sup>21</sup>. Die Verbindung von Teilnahmebekundung und Entlassung ist möglich, der Regierungspräsident hat die Kompetenzen zur Entlassung in seiner abschließenden Schrift als gegeben eingeschätzt, sich einem Urteil aber weitgehend enthalten, indem er die Entscheidung als moralisch fragwürdig einschätzte.

Die begrenzten Kommunikationsmöglichkeiten der Zeit und die extrem starke Aufladung der Emotionen großer Bevölkerungsteile, führte einerseits zu Verwirrung und Erstarren, um den Überblick vor einer Entscheidung zu gewinnen und andererseits zu Aktionismus, der auch eine Vielzahl von Gerüchten erzeugte. So behauptete etwa der Kommandant Potsdams v. d. Hardt in dem vorher schon zitierten Brigadebefehl vom 15.März im Rahmen einer Lageerörterung:

*„Die alte Regierung will die Aufforderung zum Generalstreik widerrufen, da sie ihr Unrecht am Volke eingesehen hat. Verhandlungen zwischen alter und neuer Regierung haben begonnen, und sind im guten Fortschreiten.*

*Die Bildung einer Regierung auf breit[e]ster demokratischer Grundlage ist in kürzester Zeit zu erwarten. Sie wurde verzögert, durch den Aufruf der alten Regierung zum Generalstreik. Im Bereiche des Reichsw. –Gruppen-Komdos. I traten sämtliche Reichswehren und Sicherheitswehren auf seiten der neuen Regierung.“<sup>22</sup>*

---

<sup>20</sup> BLHA, Rep 2 A, I Pers. 5890, S.180ff.

<sup>21</sup> Ebenda.

<sup>22</sup> BLHA, Rep 2 A, I Pol. 1063, S.17.

Adressat waren die in Potsdam stationierten Truppen, die damit klar auf die Seite der Putschisten gezogen wurden. Wie auch schon 1918 kam nennenswerter Widerstand gegen die Befehle der Militärs nicht zustande.

Die Genehmigungspflicht für Druckerzeugnisse führte zu einer einseitigen Berichterstattung zugunsten der Putschisten. Auch die Tageszeitungen, die durch den Streik allerdings meist lahmgelegt wurden, berichteten entsprechend einseitig. Die wenigen Blätter, die trotz allem erschienen und bis heute erhalten sind, sind entweder frei von Berichten oder ihre Verbreitung wurde versucht zu behindern<sup>23</sup>. Oberbürgermeister Vosberg z.B. beobachtete bei einem Spaziergang vor einem Zigarrengeschäft in der Brauerstraße eine Menschenmenge. Er erkundigte sich nach dem Grund und fand heraus, dass in einem Schaufenster wohl eine putschkritische Ausgabe des „Vorwärts“, dem Parteiorgan der SPD, aushing. Der Titel des Blattes war weggefaltet, sodass man es nicht mit Sicherheit sagen konnte. Vosberg meldete einem vorbeilaufenden Wachsoldaten den Vorfall und darauf wurden der Besitzer des Ladens, Martin Kiesel, Gründungsmitglied des ersten Potsdamer Soldatenrates<sup>24</sup>, sowie dessen Bruder Georg, verhaftet<sup>25</sup>. Diese beiden könnten als bekannte Sozialisten auch auf einer dubiosen „Verhaftungsliste“ gestanden haben, die, laut Anklageschrift einiger Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung zur Einleitung des Disziplinarverfahrens, von Kurt Vosberg an Generalmajor v. d. Hardt übergeben wurde. Der Nachweis dafür konnte vom Regierungspräsidenten Franz Schleusener (1876-1950) allerdings nicht beigebracht werden. V. d. Hardt erklärte, dass durch seinen Stab eine Liste mit zu verhaftenden Hetzern erstellt worden sei, da er selbst noch nicht lang genug im Amt war, um die Leute zu kennen. Es besteht Unklarheit, ob Vosberg hier Hilfestellung gegeben hat, am Ende gilt das Wort des Generals, der Vosberg entlastete. Weiter wurden Räume der Stadtverwaltung im Stadtschloss den Putschisten überlassen, wobei Vosberg wiederum unterstellt wird dies sogar verlangt zu haben. Im Urteil wird die Entscheidung zur Belegung dieser Räume einzig der militärischen Administration zugesprochen.

Die acht Punkte in der Anklage wurden also wegen teils offenbar begründbaren Zweifeln, teils wegen direkter Parteinahme durch Garnisonkommandant v. d. Hardt nicht zum Nachweis geführt und das Verfahren wurde im Juni 1920 eingestellt. In der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März 1920 wurde Vosberg mit den Stimmen der bürgerlichen Mehrheit des Stadtparlamentes und gegen die der SPD und USPD das Vertrauen ausgesprochen<sup>26</sup>.

---

<sup>23</sup> Z.B. Zauch-Belziger Kreisblatt erscheint durchgängig, allerdings ohne Hinweise auf Entwicklungen während des Putsches, das SPD-Organ Vorwärts erscheint in geringer Auflage, die großen Berliner Zeitungen, auch die überregionalen, sind sämtlich durch den Streik lahmgelegt.

<sup>24</sup> Potsdamer Zeitung, 11.11.1918.

<sup>25</sup> BLHA, Rep 2 A, I Pers, 5890, S.3, 180ff.

<sup>26</sup> Potsdamer Tageszeitung, Potsdamer Zeitung, Potsdamer Abendzeitung, 1.4.1920.

Trotz des Versammlungsverbotes genehmigte Generalmajor v. d. Hardt zunächst eine am 13. März 1920 in der Zeitung angekündigte Versammlung der Deutschen Volkspartei (DVP) im Wirtshaus Sanssouci am Luisenplatz<sup>27</sup>. Nach Bekanntwerden des Putsches sollte die Veranstaltung wohl auch zur Aufklärung der Bevölkerung dienen. Den weiteren Verlauf beschreibt v. d. Hardt in einem Bericht, der am 24. März 1920 beim Regierungspräsidenten Franz Schleusener einging und der für die Rekonstruktion der Ereignisse eines der zentralen Dokumente darstellt:

*„Bericht über den Zusammenstoß am 16.3.20 gegen 9 Uhr abends am Stadtschloß Potsdam*

*Am 16.3.20 zu 8 Uhr abends war mit Genehmigung des Garnisonkommandanten, Generalmajor v.d.Hardt, eine öffentliche Volksversammlung zur Aufklärung der Bevölkerung im Wirtshaus Sanssouci anberaumt.*

*Um 7 Uhr 30 abends traf bei der Befehlsstelle Potsdam von der Reichswehr-Brigade III (Berlin) die dienstlich[e] Mitteilung ein, daß das von den Kommunisten in Berlin zu 9 Uhr abends gestellte Ultimatum (Zurückziehung der Truppen) vom Militär-Oberbefehlshaber abgelehnt sei.*

*In Berlin mußte also ab 9 Uhr abends auf heftige Kämpfe gerechnet werden. Eine Einwirkung dieser Kämpfe auf die Lage in Potsdam konnte umsoweniger ausbleiben, als seit den Mittagsstunden in den Straßen Potsdams sich hier eine ganz ungewohnte Erregung bemerkbar machte, die sich durch die Tätigkeit von anscheinend zugezogenen Hetzern ständig steigerte.*

*Es lag infolgedessen die Gefahr vor, daß in den Abendstunden zu erwartende Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht zeitlich mit dem Schluß der Volksversammlung zusammenfielen. Die abströmenden Menschenmengen konnten in solche Zusammenstöße unbewußt hineinlaufen. Großes Unheil konnte dann entstehen.*

*Daher befahl der Garnisonkommandant gegen 8 Uhr abends, daß die Volksversammlung im Wirtshaus Sanssouci zu unterbleiben habe und sofort aufzulösen sei.*

*Im Wirtshaus Sanssouci hatte sich um 8 Uhr abends eine große Menschenmenge im Saale versammelt. Als der Saal fast voll war, drängte sich eine starke Gruppe lärmender Menschen durch die bereits geschlossenen Türen gewaltsam in den Saal. Allseitig besteht der Eindruck, daß es sich um eine größtenteils von Nowawes her zugezogene organisierte Radaubande handelte, die die Versammlung stören sollte.*

*Nach Bekanntgabe des Auflösungsbefehls begannen zwischen den Ordnungsliebenden und der Krakeherbande gegenseitige Kundgebungen verbunden mit dem üblichen Johlen, Pfeifen usw. der Radauelemente. Auch hierbei war eine deutliche Radauleitung bemerkbar.*

---

<sup>27</sup> Potsdamer Tageszeitung, zweite Beilage, 13.03.1920, Gefunden in: Stadtarchiv Potsdam, 05.1-0/025, F: 1064.

*Die radaulustigen und hetzerischen Elemente vereinigten sich dann und zogen trotz des ausdrücklichen Verbots von Umzügen in einem etwa tausendköpfigen, geschlossenen Zuge durch die Straßen mit ausgegebener Losung „Lustgarten“. Im Zuge wurde geschrien, gehohlt, mit Hetzrufen gearbeitet (Hoch Rosa Luxemburg, Nieder mit Hindenburg) usw. – Das oft Taktmäßige dieser Schreiereien unter Anleitung von Führern ließ wiederum eine planmäßige Hetzleitung deutlich erkennen.*

*Etwa 8 Uhr 45 abends drängte diese Masse auf das Stadtschloß zu. Trotz dreifacher Aufforderung des Führers der Stadtschloßwache zum Auseinandergehen, drang die Menge unter Schimpfworten weiter vor.*

*Der militärische Führer ließ das Feuer eröffnen, worauf die Meisten fluchtartig zurückgingen. Mehrere Verletzte unter der Bevölkerung. Der Führer ließ stop(f)[p]en. Einige aus der Menge blieben hinter Denkmal und Häuserecken zurück und setzten Schimpfereien und Drohungen fort. Als diese Leute auf wiederholte Aufforderung nicht fortgingen, ließ der militärische Führer Einzelfeuer eröffnen. Darauf ergriff der Rest die Flucht.*

*Der Führer der Schloßwache, Oberleutnant Frhr. v. Senden vom Reiter-Regt. 115, hat seinem Befehl entsprechend gehandelt.*

*Die Verluste unter der Bevölkerung betragen: 4 Tote, 11 Verwundete.*

*Generalmajor und Kommandant der Garnison Potsdam v.d. Hardt*

*Potsdam, den 19. März 1920*

*Dem Herrn Regierungs-Präsidenten, hier zur Kenntnis.*<sup>28</sup>

Der Bericht lässt einen Blick auf die Selbstverständlichkeit des Militärs in Potsdam zu und wirft ein seltenes Licht auf die Ereignisse des 16. März 1920.

Eine Veranstaltung im Wirtshaus Sanssouci kann durchaus einen großen Rahmen gehabt haben, denn das Platzangebot war reichlich. Es ist davon auszugehen, dass in dem Lokal mehr als 1 000 Menschen der Veranstaltung beiwohnten. Ein Auflösungsbefehl muss also etwas Zeit in Anspruch genommen haben, um bis zum letzten Versammlungsmitglied durchgedrungen zu sein. Nach der Auflösung dann gingen immer noch, wie berichtet, etwa 1 000 Menschen durch die Straßen in Richtung Lustgarten. Die Zahl mag stimmen; sie kann allerdings auch im Bericht erhöht worden sein, um das Bedrohungsszenario zu unterstreichen.

Etliche Menschen werden sicher dem Befehl zur Auflösung gefolgt sein, da die Veranstaltung ja nicht von irgendeiner radikalen Partei einberufen war und der Protestzug wahrscheinlich eher ein spontanes Produkt darstellte. Von wie vielen Menschen also bei der vorrausgegangenen Veranstaltung auszugehen ist, bleibt daher fraglich. Allerdings kann nicht von einer homogenen

---

<sup>28</sup> BLHA, Rep 2 A I Pol 1063, S.53.

Klientel ausgegangen werden. Auch wird in einem der drei abgedruckten Sitzungsberichte geschrieben, dass ein Kollege, der Stadtverordnete Winterhagen von den Deutschnationalen, an dem Demonstrationzug teilgenommen habe<sup>29</sup>. In der DDR-Literatur wird von einer Rede Hermann Elfleins auf dem Luisenplatz gesprochen, direkte, zeitnahe Nachweise dessen, also z.B. Vermerke in Polizeiakten, Zeitungsberichte mit Erwähnungen etc. gibt es jedoch nicht. Diese Informationen stammen, wie bereits erwähnt, erst aus den 1950er-Jahren<sup>30</sup>.

Wenn die Losung Lustgarten gelautet haben soll, ist es allerdings seltsam, an welchen Stellen die Menschen erschossen wurden. Aus den Einträgen im Sterberegister geht hervor, dass von den vier Toten zwei in der Kaiserstraße starben, also dem heutigen Durchgang hinter der Nikolaikirche zum heutigen Platz der Einheit. Ein Toter ist auf der Hohen Weg Straße zu beklagen, d.h. auf der anderen Seite des Schlosses, in der heutigen Friedrich-Ebert-Straße zwischen Platz der Einheit und Marstall. Dazwischen liegt noch die Schloßstraße, und die Entfernung vom Schloss ist nicht gering, obgleich eine Sichtbeziehung bestand. Auch bei den Toten in der Kaiserstraße trifft dies zu. Bei einer Person lässt sich der Ort nicht mehr identifizieren, da sie im städtischen Krankenhaus verstorben ist.

Aus dem Bericht geht hervor, dass die ankommende Menge nicht bewaffnet gewesen ist, da sie sich ansonsten mit Sicherheit zur Wehr gesetzt hätte. Nicht in allen Städten war dies der Fall, da insbesondere durch den Rückfluss aus dem Krieg noch viele Waffen zirkulierten<sup>31</sup>. In Potsdam existiert jedoch kein Bericht über bewaffnete Übergriffe gegen Soldaten. Im Lagebericht vom 19. März 1920 wird erwähnt, dass Soldaten überrumpelt und entwaffnet wurden, darauf folgt dann nur der Hinweis, nicht allein zu gehen<sup>32</sup>. In Nowawes, heißt es im gleichen Bericht, bestehe eine Räterepublik und die Bevölkerung bewaffne sich. Hier wird insbesondere ein Bedrohungsszenario für Potsdam kreierte, das auch die Kontrollposten in und um die Stadt weiter rechtfertigen sollte.

Was aus dem Bericht weiterhin hervorgeht, ist die Tatsache, dass keine Warnschüsse abgegeben wurden. Das bedeutet, dass eine johlende und pfeifende Menge von um die tausend Menschen – ohne Lautsprecher! – aufgefordert wurde, sich nach Hause zu begeben. Das Mittel zur akustischen Verstärkung mag eine sogenannte Flüstertüte gewesen sein. Aber es ist auszuschließen, dass alle Beteiligten von der immanenten Bedrohung Kenntnis hatten. Nachdem dann die ersten Schüsse verhallt und Verwundete liegen geblieben sind, verstecken sich einige hinter dem Obelisk auf dem Alten Markt und in den angrenzenden Straßen. Der weitere Lärm provozierte jetzt das Einzelfeuer, dem vermutlich die meisten Opfer geschuldet sind. Dieses Einzelfeuer mag auch für die relativ große Entfernung zum Schloss sprechen, von der vorher schon die Rede war. Auch in der zufällig gefundenen Beilage der Potsdamer Abendzeitung wird im Sitzungsbericht zur

---

<sup>29</sup> Potsdamer Abendzeitung, Beilage, 1.4.1920, Gefunden in BLHA, Rep 2 A, I Pers, 5890, S.41.

<sup>30</sup> Z.B. Märkische Volkstimme, 13.03.1954.

<sup>31</sup> Kluge, U., Die deutsche Revolution 1918/1919, Frankfurt M., 1985, S.198.

<sup>32</sup> BLHA, Rep 2 A I Pol 1063, S.7.

Stadtverordnetenversammlung von Schüssen auf die Flüchtenden gesprochen, was wiederum die Entfernung rechtfertigen könnte<sup>33</sup> und die Situation umso unmenschlicher darstellt. Das der Kommandant der Schlosswache, Freiherr von Senden, nach Befehl gehandelt habe, unterstreicht v. d. Hardt nochmals und übernimmt damit die Verantwortung als dessen Vorgesetzter. Der Vorfall wird gleichwohl für keinen der beteiligten Soldaten oder deren Vorgesetzte Konsequenzen haben.

Die Toten waren die 19jährige Helene Bürger, der 24jährige Schumacher Oskar Heinrich, der 27jährige Maurer August Fröhle und der 26jährige Klempner Fritz Wilhelm Hagemeister. Bürger und Heinrich stammten aus Nowawes, Fröhle aus Nauen und Hagemeister aus Potsdam. Alle waren zum Todeszeitpunkt in Potsdam wohnhaft. Ob die Herkunft der Toten mit der Behauptung von den Zugezogenen im Bericht v. d. Hardts in Verbindung steht, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, möglich ist auch ein allgemeines Vorurteil der Potsdamer Polizei- und Militärbehörden gegen die unruhige Nowaweser Bevölkerung.

Belege für politische Aktivitäten der getöteten Personen außerhalb der besuchten Veranstaltung lassen sich nicht finden. In einer zufällig gefundenen unvollständigen Ausgabe der Potsdamer Tageszeitung vom 27. März 1920 findet sich für Helene Bürger eine Traueranzeige, die das Geschehen als Unfall ausgibt<sup>34</sup>. Ob es für die anderen Personen ähnliche Anzeigen gab, lässt sich nicht abschließend klären, der Erhaltungszustand der Zeitungen ist für diese Zeit in Potsdam extrem schlecht. Nur Zufallsfunde von Einzelblättern werfen Schlaglichter auf die Situation und Stimmung vor Ort.

Laut Angaben der Friedhofsverwaltung wurden die Toten in den zwanziger Jahren des 20sten Jahrhunderts bei Erdbestattung üblicherweise nach drei bis spätestens 6 Tagen beigesetzt. Die Potsdamer Toten wurden sämtlich auf dem Neuen Friedhof, Grabfeld Wahlstelle III beigesetzt. Reihen oder Nummern sind in den Akten nicht enthalten. Seit den 60er-Jahren wurden die Gräber sukzessive neu belegt, von der alten Belegung ist nichts erhalten.

Gedenksteine oder Ähnliches gab und gibt es in Potsdam zum Kapp-Lüttwitz-Putsch nicht. Auf der Sitzung der Stadtverordneten vom 31. März 1920 wurde von allen Fraktionen der Toten und ihrer Familien gedacht und der Vorschlag des Stadtverordneten Wolter von der USPD betreffs der Erstattung aller Kosten für die Angehörigen der Toten angenommen. Ein Gedenkstein zu Ehren der Toten wurde allerdings von der bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament abgelehnt<sup>35</sup>.

Anders als in vielen brandenburgischen Städten und Gemeinden hatte die Stadtverwaltung selbst in der DDR offenbar kein Interesse an einer Korrektur dieses Umstandes. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass das Stadtschloss, seine Umgebung und deren Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Zerstörungen aus dem Fokus gerieten.

---

<sup>33</sup> Potsdamer Abendzeitung, Beilage, 1.4.1920, Gefunden in BLHA, Rep 2 A, I Pers, 5890, S.41.

<sup>34</sup> Gefunden in BLHA, Rep 2 A, I Pol, 1063, S.70.

<sup>35</sup> Potsdamer Zeitung, 1.4.1920.

#### 4. Die Würdigung von Kapp-Putsch Toten in anderen Städten und Gemeinden

##### Mögliche Würdigungen in Potsdam

Reichsweit starben während des Kapp-Lüttwitz Putsches etwa 1 500 Menschen. Die häufigste Form der Würdigung ist die erhaltene Grabstätte oder Denkmäler auf Friedhöfen oder in Parks. Dies ist z.B. in Hennigsdorf der Fall, wo ein großes Denkmal in der Friedhofsstraße an die 15 Gefallenen erinnert. Auch in Cottbus, in Branitz finden sich entsprechende Würdigungen. Auch finden sich an meist öffentlichen Gebäuden Gedenktafeln, z.B. in Cottbus am Spremberger Turm oder in Schwerin am Hauptpostamt. Ebenso wurden an Gebäuden neueren Ursprungs Tafeln des Gedenkens angebracht, so z.B. am Schöneberger Rathaus, wo der Vorgängerbau im Zweiten Weltkrieg zerstört wurde. Hier findet sich auch ein Hinweis auf den Bestattungsort der während des Putsches Gefallenen. Eine neuere Gedenktafel wurde z.B. in Gera in der Jüdengasse im Jahr 2012 installiert.

Eine Würdigung der Opfer des Putsches in Potsdam ist zu empfehlen. Gewalt gegen unbewaffnete Zivilisten, die auch noch ungeahndet blieb, sollte nicht dem Vergessen anheimfallen. Eine besonders revolutionäre Stadt ist Potsdam nie gewesen, insofern ist das beschriebene Ereignis eine Besonderheit in der Stadtgeschichte.

In Potsdam bieten sich verschiedene Möglichkeiten der Würdigung an. Dazu könnte ein neuer Stein auf dem Gräberfeld III des Neuen Friedhofs gehören, auf dem auch die Namen und natürlich der Umstand des Todes vermerkt sind. Ebenso ließe sich eine mehr die symbolische Bedeutung des Kampfes gegen die Diktatur würdigende Darstellung z.B. an einer weniger begangenen Ecke des Alten Marktes im Boden verankern – entweder aufragend oder eingelassen. Ein Beispieltext hierfür könnte z.B. lauten:

*„Der Kapp-Lüttwitz-Putsch als konterrevolutionärer Umsturzversuch der Weimarer Republik vom 13. März 1920 scheiterte schon nach vier Tagen durch den Generalstreik der gesamtdeutschen Arbeiterschaft. Etwa 1500 Menschen verloren während dieser Tage ihr Leben im Zuge von Kampfhandlungen. In Potsdam wurden am 16. März 1920 bei einer Demonstration, die vom Luisenplatz kam, vier Potsdamer Bürger durch die Schlosswache erschossen und 11 verletzt. Keiner der Verantwortlichen ist dafür je zur Rechenschaft gezogen worden.“*

Da 2020 der 100. Jahrestag der Ereignisse ansteht, wäre es auch gut möglich, die feierliche Einweihung einer Gedenkplatte in eine Veranstaltungsreihe zum Thema einzubetten. Diese könnte z.B. aus Vorträgen und Ausstellungen rund um das Jubiläumsdatum bestehen.

## 5. Literaturhinweise

*Weiterführende Literatur zum Thema Kapp-Putsch:*

Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/1919: Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt am Main 1985.

Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung, Berlin, Bonn 1984.

*DDR-Spezialliteratur:*

Müller, Harald: Geschichte der Stadt Potsdam 1918-33, Potsdam 1970.

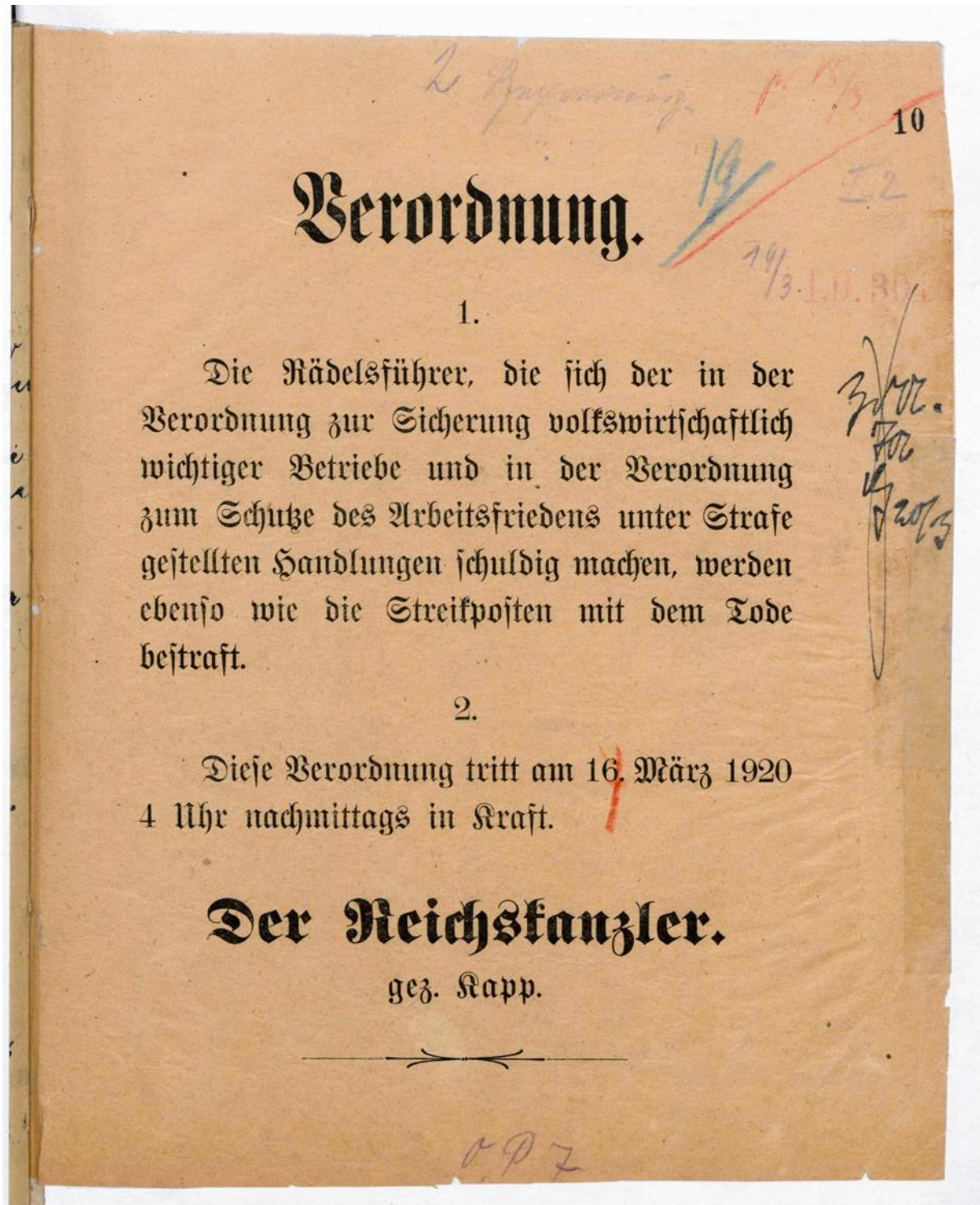
Finker, Kurt: Märker gegen Militaristen, Schkeuditz 2000.

*Akten des Landeshauptarchives Brandenburg und des Stadtarchives Potsdam sowie Ausgaben von Tageszeitungen aus der Staatsbibliothek zu Berlin, wie in den Fußnoten angegeben.*



## 6. Anhang

1.



2.

Es wird sprechen Herr Dr. Stadler, Berlin über  
**Weltrevolution und Bürgertum.**  
Freie Aussprache. — Das Recht allen aller Männer und Frauen,  
die auf dem Boden staatlicher Ordnung stehen, ist dringend erforderlich.  
**Bürgerrat Potsdam,**

---

**Deutsche Volkspartei.**  
**Öffentliche Versammlung**  
am Dienstag, den 16. März, abends 8 Uhr,  
im Wirtshaus Gansjohel.  
Herr Oberpostsekretär Morath  
2. Vorsitzendes des Beamtenausschusses, spricht über:  
**„Berufs-Beamtentum  
und Republik“**  
Freie Aussprache.  
Eintritt 50 Pf. Eintrittsbeginn 7 1/2 Uhr. **Einige.**

---

**W. H. BECK**  
WEINUNG  
VORNEHM  
DURCH  
H. BECK  
K  
AN  
am B  
16 Reinc  
Herren- und  
Rie- M  
sch- und P  
eig  
Spezialität: 1-  
tungen und ei-  
farbige Küche  
Erläuterte  
**Kredit**  
Größtes Haus  
16 Reinc  
Pank.

Potsdamer Tageszeitung, 13.3.1920, Gefunden in Stadtarchiv, 05.1-0/076, F: 1127.

3.

unseren Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Berta Rosenow.**  
Potsdam, Holzmarktstraße 9.

Herzlicher Teil-  
meines lieben  
ehem. Königl.

**ilke**  
ndten und Be-  
gesetzten und  
besonders dem  
e trostreichen  
Dank.  
Witwe  
**Hering**  
**le und Erich.**

**Danksagung.**  
Am 16. März entriß uns plötzlich und un-  
erwartet durch Unglücksfall der Tod meine  
liebe Frau und unsere herzensgute Schwieger-  
tochter  
**Helene Bürger**  
im blühenden Alter von 20 Jahren.  
Für die zahlreichen Beweise herzlichster  
Teilnahme sowie unzähligen Kranzspenden  
sprechen wir allen Verwandten und Bekannten,  
besonders dem Herrn Pfarrer unseren herz-  
lichsten Dank aus.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Willy Bürger und Schwiegereltern.**

scheinen eines Be-  
zu der Verjamm-  
Auslicht gestellt.  
Biegehälter und  
der Piegengucht we  
dieser Verjamm-  
eingeladen und zu  
tritt des Vereins  
Der Club

**Vermischte**  
Verm. Dame, 20  
bess., geb. Herrin  
Ausfl. f. zu lerne  
unter L. 335 an

**Flottgehen**  
in guter Lage  
verkaufen. Sei  
sich melden u.

Potsdamer Zeitung, 27.3.1920, Gefunden in BLHA, Rep 2A, I Pol 1063, S.70.